



Freitag, 09. Januar 2026, 17:00 Uhr
~8 Minuten Lesezeit

Renditeträchtiger Friedensengel

Donald Trump inszeniert sich gern als Friedensstifter, in Wahrheit ist seine Machtpolitik lediglich subtiler und dient dem Kapitalmarkt. Das Beispiel Venezuela beweist dies.

von Alfred-Walter von Staufen
Foto: Rawpixel.com/Shutterstock.com

Donald Trump ist eine Figur der Extreme. Für die einen war er der erste US-Präsident seit Jahrzehnten,

der keinen klassischen Krieg begann. Für die anderen war er der Inbegriff rücksichtsloser Machtpolitik, nur eben ohne diplomatische Höflichkeitsformeln. Zwischen diesen beiden Polen entstand ein Mythos, der bis heute nachwirkt: Trump als Friedensengel – als Gegenmodell zu Interventionismus, Nation Building und moralischer Weltpolizei. Doch dieser Mythos hält nur so lange, wie man Frieden ausschließlich als Abwesenheit von Bomben definiert. Denn während unter Trump keine US-Panzer durch fremde Hauptstädte rollten, verschärfte sich eine andere Form der Kriegsführung erheblich: wirtschaftlicher Druck, finanzielle Blockaden, Sanktionen als politisches Skalpell. Besonders deutlich wurde dies am Beispiel Venezuela – einem Land, das reich an Ressourcen ist, aber arm an Stabilität. Ein Staat, der politisch polarisiert, wirtschaftlich ausgezehrt und geopolitisch hochgradig relevant ist. Offiziell ging es bei der US-Politik gegenüber Venezuela um Demokratie, Menschenrechte und die Delegitimierung einer autoritären Regierung. Inoffiziell – und hier beginnt die unbequeme Analyse – entstand zeitgleich ein Szenario, das auch aus Sicht internationaler Kapitalmärkte bemerkenswert war: ein hoch verschuldetes Land, zahlungsunfähig, isoliert, mit gigantischen Rohstoffreserven – und der Aussicht auf politische Neuordnung.

Trump als Friedensengel oder Kapitalvermehrter von BlackRock?

In genau diesem Kontext taucht ein Akteur auf, der selten im Vordergrund politischer Debatten steht, aber fast immer im Hintergrund präsent ist: BlackRock. Der größte Vermögensverwalter der Welt war über Jahre hinweg ein bedeutender Gläubiger venezolanischer Staats- und PDVSA-Anleihen – und damit direkt vom wirtschaftlichen Kollaps des Landes betroffen.

- Dieses Essay stellt keine Verschwörungsthesen auf.
- Es behauptet keine geheimen Absprachen.
- Es stellt eine andere, simplere und zugleich unangenehmere Frage:

Welche strukturellen Interessen entstehen, wenn politische Destabilisierung, Sanktionen und globale Kapitalmärkte aufeinandertreffen? Und: Wer profitiert von Danach?

Venezuela: Das reichste arme Land der Welt

Venezuela ist der lebende Beweis dafür, dass Reichtum allein keine Stabilität garantiert. Das Land verfügt über die größten nachgewiesenen Erdölreserven der Erde, größer als Saudi-Arabien, größer als Russland, größer als die USA. Und doch steht Venezuela seit Jahren synonym für wirtschaftlichen Zusammenbruch, politische Lähmung und soziale Katastrophe. Ein Paradox, das man nicht versteht, wenn man nur Schlagzeilen liest – aber sehr gut, wenn man Geldflüsse betrachtet.

Öl war Venezuelas Segen und Fluch zugleich. Jahrzehntlang finanzierte der Export fossiler Energie einen aufgeblähten Staatsapparat, Subventionen, Sozialprogramme und politische Loyalität.

Diversifizierung? Fehlanzeige. Institutionen? Schwach. Korruption? Systemisch. Als die Ölpreise fielen, fiel das ganze Kartenhaus in sich zusammen. Doch dieser Kollaps war kein Naturereignis. Er war politisch, wirtschaftlich und geopolitisch mitverursacht.

Denn Venezuela war nie nur ein Nationalstaat. Es war ein geopolitischer Spielball. Zwischen USA, Russland, China, OPEC, internationalen Finanzmärkten und globalen Investoren. Wer Venezuela verstehen will, muss akzeptieren: Hier kollidieren Ideologie, Ressourcen und Kapitalinteressen frontal.

Staatsanleihen, Schulden und das große Warten der Gläubiger

Bevor Venezuela 2017 offiziell in den Zahlungsausfall rutschte, galt das Land auf den internationalen Finanzmärkten als riskant, aber attraktiv. Venezolanische Staatsanleihen und insbesondere die Schuldtitel des staatlichen Ölkonzerns PDVSA boten hohe Renditen. Genau das, was institutionelle Investoren suchen, wenn sie bereit sind, politische Risiken einzupreisen.

Auch BlackRock war Teil dieses Spiels. Über verschiedene Fonds hielt der Konzern erhebliche Volumina venezolanischer Anleihen. Nicht aus ideologischer Nähe zur Regierung Maduro, sondern aus einem simplen Grund: Rendite. In der Finanzwelt ist Moral selten ein Anlagekriterium – Zahlungsfähigkeit schon.

Als Venezuela zahlungsunfähig wurde, verloren diese Anleihen massiv an Wert. BlackRock selbst sprach von einem „Perfect Storm“: fallende Ölpreise, Missmanagement, politische Instabilität und vor allem internationale Sanktionen. Das Kapital war gebunden, illiquide, politisch kontaminiert. Für einen Vermögensverwalter dieser Größe kein existenzielles Problem – aber ein strategisches.

Denn Schulden verschwinden nicht einfach. Sie warten. Sie liegen auf Eis. Sie werden gehandelt, abgeschrieben, neu bewertet. Und sie leben von einer Hoffnung: politische Veränderung.

Sanktionen als Wirtschaftskrieg: Elegant, effizient, zerstörerisch

Sanktionen sind die moderne Form des Krieges – für Demokratien, die keine Soldaten schicken wollen, aber trotzdem Ergebnisse erwarten. Sie sind billig, politisch gut verkäuflich und moralisch aufladbar. Wer Sanktionen kritisiert, steht schnell im Verdacht, Diktaturen zu verteidigen.

Unter Donald Trump wurden die US-Sanktionen gegen Venezuela massiv verschärft. Der Ölsektor wurde faktisch vom internationalen Finanzsystem abgeschnitten. Transaktionen wurden blockiert, Devisenströme gekappt, staatliche Vermögenswerte eingefroren. Offiziell, um das Regime unter Druck zu setzen. Faktisch, um das gesamte wirtschaftliche System zu strangulieren.

Sanktionen treffen nicht Präsidenten. Sie treffen Volkswirtschaften. Sie zerstören Lieferketten, Währungen, Gesundheitsversorgung. Sie erzeugen sozialen Druck, der politische Umbrüche wahrscheinlicher macht. Genau deshalb werden sie eingesetzt.

Und genau hier wird es für Gläubiger interessant. Denn Sanktionen zerstören kurzfristig Werte – aber sie bereiten langfristig Neuordnungen vor.

Der Mythos vom „Friedenspräsidenten“

Donald Trump inszenierte sich gern als Anti-Kriegs-Präsident: keine neuen großen Bodeneinsätze, keine klassischen Invasionen. Für viele Anhänger ein Beweis moralischer Überlegenheit gegenüber seinen Vorgängern. Doch diese Erzählung greift zu kurz. Trump führte keinen Krieg mit Bomben – sondern mit Dollars. Mit Sanktionen, Handelsverboten, Finanzblockaden. Das ist kein Pazifismus. Das ist ökonomischer Zwang.

Venezuela war dabei ein Paradebeispiel. Die offene Unterstützung eines Gegenpräsidenten, die Delegitimierung der bestehenden Regierung, die wirtschaftliche Isolation – all das war kein Zufall, sondern Strategie. Ein Regimewechsel ohne Invasion. Billiger. Sauberer. Medienkompatibler.

Und vor allem: kompatibel mit den Interessen internationaler Kapitalmärkte, die auf politische Stabilisierung nach dem Kollaps setzen.

Regimewechsel als Geschäftsmodell

Regimewechsel sind kein neues Phänomen. Neu ist nur ihre Verpackung. Wo früher Panzer rollten, rollen heute Narrative: Demokratie, Menschenrechte, Korruptionsbekämpfung. Alles ehrenwerte Ziele – die erstaunlich oft dort verfolgt werden, wo Rohstoffe, Schulden oder strategische Lagen im Spiel sind.

Ein Regimewechsel bedeutet für Investoren vor allem eines: Neuverhandlung. Alte Schulden werden restrukturiert, neue Anleihen ausgegeben, Staatsbetriebe privatisiert, Infrastruktur neu aufgebaut. Ein Paradies für Finanzdienstleister, Vermögensverwalter, Berater und Fonds.

BlackRock muss dafür keinen Krieg fordern. Es reicht, wenn

politische Entwicklungen genau das Szenario schaffen, in dem solche Prozesse möglich werden. Der Konzern ist kein Akteur im klassischen Sinne – er ist Profiteur von Stabilisierung nach Destabilisierung.

Zufall, Struktur oder Systemlogik?

War Trumps Venezuela-Politik ein „Gefallen“ für BlackRock? Diese Frage lässt sich nicht mit Dokumenten oder Tonbandaufnahmen beantworten. Aber sie lässt sich strukturell analysieren:

- Trump verschärfte den Druck auf Venezuela.
- Venezuela kollabierte weiter wirtschaftlich.
- Ein politischer Umbruch wurde wahrscheinlicher.

Ein solcher Umbruch hätte die Grundlage für Schuldenschnitte, Neuemissionen und Investitionen geschaffen.

Das ist keine Verschwörung. Das ist Systemlogik.

In einem globalen Finanzsystem, in dem Staaten Schuldner und Fonds Gläubiger sind, ist Politik nie neutral. Sie schafft Gewinner und Verlierer. Und wer glaubt, dass Entscheidungen dieser Tragweite ohne Blick auf Kapitalinteressen getroffen werden, glaubt auch an den Weihnachtsmann im Pentagon.

BlackRock: Zu groß für Ideologie

BlackRock ist kein politischer Akteur im klassischen Sinne. Der Konzern formuliert keine Außenpolitik, erlässt keine Sanktionen, stürzt keine Regierungen.

Aber er ist so groß, dass er von politischen Entscheidungen strukturell betroffen ist – und umgekehrt.

Mit Beteiligungen an Tausenden Unternehmen, Staatsanleihen weltweit und direktem Zugang zu Regierungen ist BlackRock kein neutraler Beobachter. Sondern Teil des Systems, in dem politische Stabilität und Investitionssicherheit zwei Seiten derselben Medaille sind.

Venezuela war für BlackRock ein Verlustgeschäft – vorerst. Doch Verluste sind in der Finanzwelt oft nur der Preis für Geduld.

Die moralische Kulisse

Demokratie ist ein schönes Wort. Es klingt nach Freiheit, Selbstbestimmung, Menschenwürde. Und genau deshalb eignet es sich hervorragend als Begründung für politische Interventionen.

Doch wenn Demokratie selektiv verteidigt wird – in Venezuela, aber nicht in Saudi-Arabien; im Iran, aber nicht in Katar – dann ist Skepsis angebracht. Dann geht es nicht um Werte, sondern um Verwertbarkeit.

Trump war darin ehrlicher als viele vor ihm. Er sprach offen von Deals. Von Interessen. Von Nutzen. Vielleicht machte ihn genau das gefährlicher – oder ehrlicher – als seine Vorgänger.

Wer zahlt den Preis?

Am Ende dieser Geschichte stehen nicht BlackRock, nicht Trump, nicht geopolitische Strategen. Am Ende stehen die Menschen in

Venezuela: Inflation, Armut, Migration, Perspektivlosigkeit.

Wirtschaftskrieg ist leise. Er produziert keine Bilder von Bomben, sondern von leeren Regalen. Er ist politisch bequem – und moralisch verheerend.

Fazit

- Trump ist und war kein Friedensengel.
- BlackRock ist und war kein Drahtzieher.

Aber beide sind Teil eines Systems, in dem Macht, Kapital und Politik untrennbar miteinander verwoben sind.

Und genau darin liegt der eigentliche Skandal!

Abschluss & Moral

Die Frage, ob Donald Trumps Politik gegenüber Venezuela ein „Gefallen“ für BlackRock gewesen sei, lässt sich nicht in einem Satz beantworten. Und sie lässt sich vor allem nicht juristisch beweisen. Doch politische Analyse endet nicht dort, wo Beweise fehlen – sie beginnt dort, wo Strukturen sichtbar werden.

Trump hat keinen Krieg gegen Venezuela geführt. Aber er hat die wirtschaftlichen Bedingungen massiv verschärft, unter denen ein ohnehin geschwächter Staat kaum noch handlungsfähig war. Sanktionen, diplomatische Isolation und offene Regimewechsel-Rhetorik erzeugten genau das, was Sanktionen immer erzeugen sollen: sozialen Druck, wirtschaftlichen Kollaps, politische Instabilität.

Für die Bevölkerung Venezuelas bedeutete das Armut, Migration, Perspektivlosigkeit.

Für internationale Gläubiger bedeutete es vor allem eines: Warten.

- Warten auf eine politische Neuordnung.
- Warten auf Restrukturierung.
- Warten auf neue Verhandlungsräume.

BlackRock ist dabei kein Bösewicht und kein Drahtzieher. Aber auch kein neutraler Zuschauer. In einer Welt, in der Staaten Schuldner und Vermögensverwalter Gläubiger sind, ist Politik niemals folgenlos. Entscheidungen auf Regierungsebene erzeugen Marktbewegungen – und Märkte reagieren nicht moralisch, sondern rational.

Die eigentliche Moral dieses Essays ist daher ernüchternd:

Frieden ist kein Zustand, sondern ein Definitionsproblem.

Wenn wirtschaftlicher Zwang, Sanktionen und systemische Destabilisierung nicht als Gewalt gelten, dann kann man sich leicht als Friedensengel inszenieren – während im Hintergrund ganze Volkswirtschaften zerbrechen.

Nicht jede politische Entscheidung ist ein Komplott, aber fast jede ist eingebettet in ein System, das Gewinner und Verlierer produziert.

Und genau deshalb darf man diese Fragen stellen.

Liebe Leser,

dieses Essay will nicht überzeugen, sondern sensibilisieren. Es fordert nicht dazu auf, Partei zu ergreifen, sondern genauer hinzusehen. In einer Zeit, in der politische Erzählungen immer einfacher und moralischer werden, ist es umso wichtiger, die ökonomischen Unterströmungen mitzudenken.

Misstrauen gegenüber offiziellen Begründungen ist kein Extremismus. Es ist ein demokratisches Grundrecht. Wer Macht analysiert, darf sich nicht mit Symbolen zufriedengeben, sondern muss Strukturen betrachten – auch dann, wenn sie unangenehm sind.

Vielleicht war Trumps Politik kein geplanter Gefallen für BlackRock. Aber sie war auf jeden Fall Teil eines Systems, in dem Kapital, Politik und Krisen untrennbar miteinander verwoben sind.

Und das allein sollte uns nachdenklich machen!

Bitte werden oder bleiben Sie gesund, denn das ist das höchste Gut, das wir pflegen sollten!

Herzlichst

Ihr Alfred-Walter von Staufen



Alfred-Walter von Staufen ist das Pseudonym eines freien Autors, Essayisten und sprachkritischen Beobachters politischer und akademischer Machtverhältnisse. Mit spitzer Feder, schwarzem Humor und dem analytischen Blick eines ehemaligen

Universitätsdozenten zerlegt er jene Begriffe, die heute mehr verschleiern als erklären: Demokratieförderung, Wissenschaftsfeindlichkeit, Populismus, Desinformation.